

Abwägungstabelle

Nr.: 1005	Angaben zur Stellungnahme	
eingereicht am: 15.02.2018	Institution:	Kreisverwaltung Dithmarschen Denkmalschutz Astrid Geruhn
	Dokument:	Begründung
	Kapitel:	Beschreibung und Erfordernis der Planung

Stellungnahme

Aus Sicht der unteren Denkmalschutzbehörde des Kreises Dithmarschen bestehen keine Bedenken gegen die Planung, soweit Bau- und/oder archäologische Denkmale nicht direkt oder in ihrem Umgebungsschutz berührt werden.

Bei den Baudenkmalen handelt es sich vorrangig um die Kirche und die Eisenbahnbrücke über die Eider. Weiterhin stehen zwei Gebäude in der Dorfstraße Nr. 32 und 78 noch auf der Kontroll-Liste des Denkmalschutzes.

Darüber hinaus umfasst das überplante Gemeindegebiet archäologische Denkmale und sog. archäologische Interessensgebiete, wie auf der entsprechenden Anlage zum Entwurf des Flächennutzungsplanes aufgeführt.

Grundsätzlich bestehen gegen die F-Planung keine Bedenken. Sofern das dafür zuständige Archäologische Landesamtes S-H als Obere Denkmalschutzbehörde jedoch eine abweichende Stellungnahme abgeben sollte, schließt sich die Untere Denkmalschutzbehörde des Kreises Dithmarschen dieser Stellungnahme inhaltlich an.

k.A.

Abwägung / Empfehlung

Nr.: 1009	Angaben zur Stellungnahme	
eingereicht am: 15.02.2018	Institution:	Kreisverwaltung Dithmarschen Regionalentwicklung Astrid Geruhn
	Dokument:	Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

Stellungnahme des Kreises

Die Gemeinde St. Annen stellt erstmals einen Flächennutzungsplan für das gesamte Gemeindegebiet auf. Bisher waren zwei eigenständige Bebauungspläne gemäß § 8 Absatz 2 Satz 2 BauGB ausreichend, um eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu gewährleisten. Aufgrund neuer Entwicklungsziele ist es erforderlich geworden, die Bodennutzungen durch einen Flächennutzungsplan planerisch zu steuern. Von Seiten des Kreises wird die Aufstellung des Flächennutzungsplanes ausdrücklich begrüßt.

Der Vorentwurf des Flächennutzungsplanes formuliert folgende Entwicklungsziele:

- Erweiterung der wohnbaulichen Entwicklung durch Darstellung neuer Wohnbauflächen entlang der Dorfstraße in südlicher Richtung.
 - Ansiedlung bzw. Erweiterung ortsangemessener bzw. ortsansässiger Gewerbebetriebe durch Darstellung einer gewerblichen Baufläche östlich des durch Gaststätte und Kirche definierten Ortskerns, nördlich der L 156.
 - Darstellung diverser Sonderbauflächen:
- Im Nordosten, direkt am Eiderdeich mit der Zweckbestimmung „Wohnmobilstellplatz“, um die touristischen Potenziale der Gemeinde zu stärken.

Im Einmündungsbereich der L 156 in die L 149 den durch B-Plan Nr. 2 entwickelten Bestand der

k.A.

Abwägung / Empfehlung

Biogasanlage.

Etwas weiter südlich ebenfalls an der L 149 mit der Zweckbestimmung „Erdbau-Lohnunternehmen-Landwirtschaft“ zur planungsrechtlichen

Absicherung des Bestandes und geplanter Erweiterungen des Betriebes.

Im Bereich des Ortskernes südlich der L 156 dem vorhandenen Blockheizkraftwerk entsprechend mit der Zweckbestimmung „Fernwärme“.

Im Nordwesten beidseitig der Bahntrasse mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“.

Die übrigen Darstellungen der Bodennutzung entsprechen dem Bestand.

Im Hinblick auf die bauliche Entwicklung der Gemeinde wurde im Rahmen der Grundlagenermittlung eine Baulücken und Entwicklungsflächenanalyse durchgeführt.

Aus städtebaulicher Sicht habe ich Folgendes anzumerken:

Zur wohnbaulichen Entwicklung

Trotz zahlreicher Entwicklungspotenziale in Form von einzelnen Baulücken und Entwicklungsflächen beabsichtigt die Gemeinde, ihre wohnbauliche Entwicklung weiter als einseitige Straßenrandbebauung fortzusetzen und begründet dies mit dem siedlungsstrukturellen Charakter des Straßendorfes.

Zwar ist diese Dorfform in der Region relativ häufig anzutreffen und hat bezüglich der Erschließung auch durchaus Vorteile, sie führt aber zur Zersiedelung der Landschaft und birgt auch siedlungsstrukturell eine Reihe von Nachteilen in sich.

- Kilometerlange geradlinige Ortsdurchfahrten verführen zu erhöhten Geschwindigkeiten.

- Die Aneinanderreihung der Häuser lässt keine öffentlichen Räume entstehen, die zum Aufenthalt einladen. Während meiner Ortsbesichtigung

habe ich trotz schönsten Sonnenscheins keinen einzigen Menschen auf der Straße gesehen.

- Die zentralen Einrichtungen, wie Kirche, Dorfgaststätte und Festplatz liegen für den Großteil der Dorfbevölkerung zu weit entfernt, um sie zu

Fuß zu erreichen. - Kinder, die an den entgegengesetzten Enden des Dorfes wohnen, können sich nicht ohne weiteres zum Spielen treffen.

- Für die Versorgungsnetze, insbesondere das gemeindliche Fernwärmenetz werden die Leitungen zu lang.

Aus städtebaulicher Sicht bestehen insofern Bedenken gegen die weitere Entwicklung entlang der Dorfstraße. Ich empfehle der Gemeinde, sich auf ihre Entwicklungspotenziale der Baulücken und auf die Entwicklungsfläche E3, die sowohl leicht zu erschließen als auch strukturell durch landschaftliche Elemente gut in den Siedlungskörper eingebunden ist, zu konzentrieren.

Zur gewerblichen Entwicklung

Die Mehrzahl der in St. Annen ansässigen Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe befinden sich in der als Mischgebiet dargestellten Ortslage. Erweiterungsmöglichkeiten bestehen dort -wenn überhaupt - nur sehr eingeschränkt. Der Wunsch der Gemeinde, für seine ortsansässigen Betriebe gewerbliche Bauflächen vorzuhalten, ist insofern nachvollziehbar. Gegen den gewählten Standort bestehen aus städtebaulicher Sicht keine Bedenken.

Zu den Sonderbauflächen

Gegen die Darstellung der Sonderbauflächen mit den Zweckbestimmungen „Biogas“ und „Fernwärme“, bestehen keine Bedenken.

Gegen die Darstellung der Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Erdbau-Lohnunternehmen-Landwirtschaft“ bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Ich empfehle jedoch den Betriebsteil „Landwirtschaft“ aus der Zweckbestimmung herauszulassen, weil Landwirtschaft im Außenbereich privilegiert ist und somit keine Sondernutzung darstellt. Damit einhergehend ist dann auch die dargestellte Fläche um den Betriebsteil Landwirtschaft zu reduzieren.

Gegen die Darstellung der Sonderbaufläche „Wohnmobilstellplatz“ bestehen Bedenken wegen der isolierten Lage. Ich bitte um Prüfung von Standortalternativen in Anbindung an die Ortslage.
Gegen die Darstellung der Sonderbauflächen „Photovoltaik“ bestehen Bedenken wegen der Zersiedelung der Landschaft. Außerdem bestehen auch aus naturschutzfachlicher Sicht Bedenken (s. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde).
Für Rückfragen stehe ich selbstverständlich gern zur Verfügung.

Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

In St. Annen befinden sich mit die niedrigstgelegenen Landflächen im Kreis Dithmarschen. Auf die hohen Grundwasserstände und ihre Problematiken wird im FPlan St. Annen in Kapitel 2.5 Fläche, Böden, Wasser eingegangen. Das Gemeindegebiet ist durch weite Offenlandschaften und aufgrund der hydrologischen Gegebenheiten durch Feucht- und Überschwemmungswiesen geprägt. Aufgrund der Lage zwischen Eider und Lunderener Niederung als Teil der Eider-Treene-Sorge Region mit charakteristischen Offenlandschaften ist das Gemeindegebiet St. Annen mit sensiblen ökologischen Funktionen belegt. Weiträumige Landschaftsanteile oder sogar das gesamte Gemeindegebiet von St. Annen werden als Kernbrutgebiete für Wiesenvögel bzw. Durchzugs- und Rastgebiete des Wasservogelzuges geführt. Aufgrund des Landschaftscharakters mit seinem Arteninventar ist gem. Landesentwicklungsplan das Gemeindegebiet als „Vorbehaltsraum für Natur und Landschaft“ gekennzeichnet. Grundlagen für die Darstellungen des Gemeindegebietes als bedeutender Lebensraum für Wat-, Wasser und Wiesenvögel sind Biotop- bzw. Wertgrünlanderfassungen des Landes sowie avifaunistische Bestandserhebungen des Landes. Demnach ist mehr oder weniger das gesamte Gemeindegebiet mit ökologischen Mehrfachfunktionen belegt. Unbelastete Feuchtwiesengebiete sind in vielen Regionen an der Westküste Schleswig-Holsteins seltener geworden. Das führte in der Vergangenheit zu Artenverlusten. So nicht in St. Annen. Aus Gründen des Artenschutzes gilt es, die ökologischen Funktionen der charakteristischen Feuchtgebiete in St. Annen aufrechtzuerhalten. Der F-Plan der Gemeinde bezieht sich nur auf ältere vorliegende Bestandserhebungen und Planungen wie z.B. dem Landesentwicklungsplan, dem Regionalplan und dem Landschaftsrahmenplan. Neuere Erkenntnisse und Bestandserhebungen werden nicht dargestellt. Der gemeindeeigene Landschaftsplan von St. Annen findet sich nur ansatzweise im vorliegenden FPlan wieder bzw. es wird massiv vom Landschaftsplan abgewichen.

1. Der Landschaftsplan der Gemeinde St. Annen ist am 20.07.1998 erstellt worden. Landschaftspläne sollten spätestens alle 20 Jahre fortgeschrieben werden. Demnach ist vor Erstellung eines F-Planes die Fortschreibung des Landschaftsplanes erforderlich.
2. Im Gemeindegebiet St. Annen werden bestehende Biotopkartierungen des Landes sowie Wertgrünlandkartierungen nicht dargestellt. Diese Flächen sind aufgrund ihrer Beschaffenheit und Lage (Geologie, Hydrologie und Struktur) nicht nur faunistisch sondern auch floristisch von Bedeutung. Bestehende aktuelle Biotop- und Wertgrünlandkartierungen müssen dargestellt sein und müssen im Planverfahren berücksichtigt werden.
3. Auf die Verantwortung, die die Gemeinde bezüglich des Rast- und Wiesenvogelschutzes trägt, wird in der F-Planung nicht eingegangen. Es sind keine aktuellen Bestandsdaten oder aktuelle faunistische Bestandserhebungen in den FPlan eingearbeitet worden. Weil in St. Annen die Artenvielfalt und die Individuenzahlen der ETS-Region in großen zusammenhängenden Lebensräumen von Bedeutung sind, müssen diese Landschaftsteile im Flächennutzungsplan von St. Annen dargestellt sein und in der Planung berücksichtigt werden. Schwerpunktlebensräume

für die Avifauna können in der freien Landschaft nicht großflächig mit technischen Anlagen überplant werden, da den betroffenen Arten die Lebensgrundlage entzogen wird. Den Sonderstandorten für Photovoltaik entlang der Bahnlinie kann somit der Artenschutz entgegenstehen, insbesondere da hier auch Flächen des Vertragsnaturschutzes bestehen. Für die F-Planung sind aktuelle faunistische Bestandserhebungen zu verwenden bzw. zu erstellen.

4. Das charakteristische Landschaftsbild von St. Annen ist durch feuchtwiesenreiche Offenlandschaften mit entsprechender Flora und Fauna gekennzeichnet. Großflächig angelegte Photovoltaikfelder sind technische Überprägungen des Landschaftsbildes und würden den charakteristische Landschaftsraum zerstören. Die Einrichtung einer großflächigen Photovoltaikanlage kann aus Gründen der Erhaltung des Landschaftsbildes sowie aus Gründen des Natur- und Artenschutzes von Seiten der UNB nicht mitgetragen werden.

5. Die Absicht der Gemeinde ein Schutzgebiet in Anlehnung an die Lundener Niederung einzurichten sollte als fester Bestandteil im F-Plan festgehalten werden. Diesbezüglich sollte das Schutzgebiet auch in der Plankarte fest umrissen werden.

Mit freundlichen Grüßen
 Im Auftrag
 Astrid Geruhn

Nr.: 1008	Angaben zur Stellungnahme	
eingereicht am: 23.01.2018	Institution:	LLUR Südwest Itzehoe LLUR-Itzehoe ASt. Südwest - Technischer Immissionsschutz Axel Michok
	Dokument:	Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

Aus Sicht des technischen Immissionsschutzes wird folgende Stellungnahme zu den Planungsunterlagen abgegeben:

1.) Bei der vorhandenen Biogasanlage handelt es sich um einen Betriebsbereich nach der Störfallverordnung (12.BImSchV). Nach dem Muster-Einführungserlass zum Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt und zu weiteren Änderungen des Baugesetzbuchs (BauG BÄndG 2017 – Mustererlass) ergibt sich eine Pflicht zur Berücksichtigung der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen. In der Bauleitplanung sind Störfälle, also „schwere Unfälle“ i. S. des Störfallrechts (vgl. § 3 Absatz 5b und 5c BImSchG), und daher sowohl für die Planung von (insbesondere) Gewerbe- oder Industriegebieten zur Unterbringung von Störfallbetrieben als auch für die Planung in der Umgebung von Störfallbetrieben zu berücksichtigen; dies gilt jedenfalls dann, wenn das Gebiet zumindest teilweise innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstands nach § 3 Absatz 5c BImSchG oder, wenn dieser nicht bekannt ist, innerhalb des Achtungsabstands liegt. Für den Betriebsbereich der Biogasanlage sind nach der KAS 18 bzw. KAS 32 (KAS = Kommission für Anlagensicherheit) ein Achtungsabstand von 200 m bzw. 250 m einzuhalten. Durch ein Gutachten kann ein angemessener Sicherheitsabstand bestimmt werden. Aufgrund der recht neuen rechtlichen Entwicklung wurde dies Gutachten weder bei der Anlageneintragung noch bei der Überplanung (B-Plan Nr. 2) gefordert und liegt daher hier nicht vor.

Abwägung / Empfehlung

k.A.

Die Einrichtung des Sondergebietes für das Erdbau-Lohnunternehmen wird kritisch gesehen, da auch Wohnnutzungen zugelassen werden sollen. Das Unternehmen wäre aus Sicht des technischen Immissionsschutzes eher in einem Gewerbegebiet anzusiedeln indem die in der Begründung angegebene Wohnnutzung nicht zulässig wäre (Konfliktlage). Insofern sollte hier eine Trennung erfolgen.

Nr.: 1007	Angaben zur Stellungnahme	
eingereicht am: 23.01.2018	Institution:	SHNG Netzcenter Meldorf Netzcenter Meldorf Holger Krüger
	Dokument:	Begründung
	Kapitel:	Stromversorgung

Stellungnahme

Keine Einwände seitens der SH-Netz.
 Vorhandene Versorgungseinrichtungen haben Bestandsschutz.
 Pläne können im Bedarfsfall angefordert werden.
 Eine Erschließung neuer Bauflächen muss rechtzeitig angemeldet erfolgen, damit hier entsprechende Planungen vorangetrieben werden können.

Abwägung / Empfehlung

k.A.

Nr.: 1006	Angaben zur Stellungnahme	
eingereicht am: 17.01.2018	Institution:	LLUR UFB Flensburg LLUR Nord / UFB Flensburg Dietmar Steenbuck
	Dokument:	Gesamtstellungnahme
	Datei:	Waldflächen St. Annen.pdf

Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,
 aus Sicht der unteren Forstbehörde ist anzumerken, dass es sich derzeit bei den folgenden Flächen (grün unterlegt) um Wald im Sinne des Gesetzes handelt (s. Anlagen). Bei allen anderen im Entwurf als "Fläche für Wald" gekennzeichneten Bereiche handelt es sich nicht um Wald.
 Mit freundlichen Grüßen
 Dietmar Steenbuck

Abwägung / Empfehlung

k.A.

Nr.: 1004	Angaben zur Stellungnahme	
eingereicht am: 15.01.2018	Institution:	Wasserverband Norderdithmarschen Keine Abteilung Michael Schwarz
	Dokument:	Gesamtstellungnahme

Stellungnahme

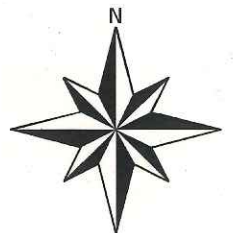
Aufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Sankt Annen
Hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Absatz 1 BauGB und der Nachbargemeinden
 Sehr geehrte Damen und Herren,
 vom Inhalt des obigen Schreibens sowie den Beigefügten Planunterlagen haben wir Kenntnis genommen.
 Bei der Durchführung des Flächennutzungsplanes kann es von Nöten sein, dass das Versorgungsnetz des Wasserverbandes Norderdithmarschen zu erweitern ist. Über die detaillierte Umsetzung, kann nur im Rahmen der einzelnen Detailplanungen (Bebauungsplan) entschieden werden.

Abwägung / Empfehlung

k.A.

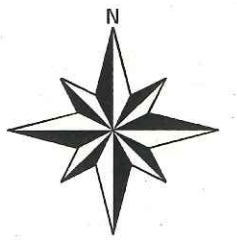


- Waldflächen
- Alk_Gemarkungflur_Gemarkung_utm**
- Alk_Gemarkungflur_Gemarkung_utm
- alk_Flurstücke_utm
- OBJART**
- 233 Flurstück
- 239 Flurstück in Verkehrswegen



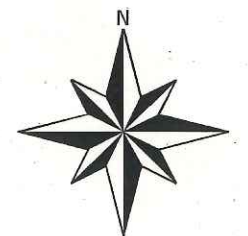


- Waldflächen
- Alk_Gemarkungflur_Gemarkung_utm**
- Alk_Gemarkungflur_Gemarkung_utm
- alk_Flurstücke_utm
- OBJART**
- 233 Flurstück
- 239 Flurstück in Verkehrswegen





- Waldflächen
- Alk_Gemarkungflur_Gemarkung_utm**
- Alk_Gemarkungflur_Gemarkung_utm
- alk_Flurstücke_utm
- OBJART**
- 233 Flurstück
- 239 Flurstück in Verkehrswegen





- Waldflächen
- Alk_Gemarkungflur_Gemarkung_utm**
- Alk_Gemarkungflur_Gemarkung_utm
- alk_Flurstücke_utm
- OBJART**
- 233 Flurstück
- 239 Flurstück in Verkehrswegen



Wir weisen Darauf hin, dass Feuerlöscheinrichtungen nicht in den Zuständigkeitsbereich des Wasserverbandes Norderdithmarschen fallen, sondern Aufgabe der Gemeinde St. Annen sind. Für das geplante Gebiet kann nicht sichergestellt werden, dass Hydranten im ausreichenden Umfang vorhanden sind. Zusätzliche Hydranten sind nicht vorgesehen.

Wir erklären, dass wir zu dem hier vorgelegten Entwurf des Flächennutzungsplanes der Gemeinde St. Annen keine weiteren Anregungen und Bedenken haben. Dies gilt auch für die öffentliche Auslegung Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.

Freundliche Grüße
 i.A. Michael Schwarz

Nr.: 1003	Angaben zur Stellungnahme	
eingereicht am: 10.01.2018	Institution:	GMSH FG Öffentliches Baurecht Ingo Bastian
	Dokument:	Gesamtstellungnahme

Stellungnahme		Abwägung / Empfehlung
<p>GMSH AöR Geschäftsbereich Landesbau</p> <p>Fachgruppe Öffentliches Baurecht bauleitplanung@gmsh.de Dipl. - Ing. Ingo Bastian Org.-Z. 2713.10 Telefon 0431/599-2333 Telefax 0431/599-1294 ingo.bastian@gmsh.de Kiel 10.01.2018</p> <p>Bauleitplanung Online Beteiligung (BOB-SH) vom 15.12.2017 bis zum 25.01.2018 Gemeinde Sankt Annen / HEI - Flächennutzungsplan</p> <p>Hier: Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange Sehr geehrte Damen und Herren, die mir im Internet / BOB-SH zugänglichen Planunterlagen habe ich auf Belange des Landes Schleswig – Holstein hin überprüft und erhebe hierzu keine Einwände, da keine Landesliegenschaften betroffen sind. Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen In Vertretung Ingo Bastian GMSH 2713.10</p>	<p>k.A.</p>	

Nr.: 1001	Angaben zur Stellungnahme	
eingereicht am: 05.01.2018	Institution:	Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein Abt. 2 - Landesvermessung
	Dokument:	- Dezernat 22 Stefan Strunck Fehlzanzeige

Stellungnahme	Abwägung / Empfehlung
----------------------	------------------------------

Flächennutzungsplan der Gemeinde Sankt Annen

Sehr geehrte Damen und Herren,
vielen Dank für Ihre Mitteilung!

Es bestehen für die in „BOB-SH“ eingestellten Pläne aus Sicht der Landesvermessung und des Liegenschaftskatasters keine Bedenken, insofern meldet das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein (LVermGeo SH) **Fehlanzeige**.

Diese Mitteilung stellt **keine** Vorprüfung für eine Richtigkeitsbescheinigung dar.

Allgemeine Hinweise:

Es wird auf den Schutz von Vermessungsmarken nach § 8 sowie auf den Schutz von Grenzmarken nach § 18 Abs. 5 aufgrund des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz – VermKatG) vom 12.05.2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 128) hingewiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Strunck

Landesamt für Vermessung und Geoinformation Schleswig-Holstein

Dezernatsleitung 22 – AFIS, SAPOS, TOP-Info-Systeme, Gebietstopographie

Mercatorstraße 1

24106 Kiel

Telefon: 0431 383 – 2124

Telefax: 0431 383 – 2099

E-Mail: Stefan.Strunck@LVermGeo.landsh.de

k.A.

Schleswig-Holstein
Der echte Norden



Archäologisches
Landesamt
Schleswig-Holstein

Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein
Brockdorff-Rantau-Str. 70 | 24837 Schleswig

Amt Kirchspielslandgemeinden Eider
Der Amtsvorsteher
Geschäftsbereich IV; Bau, Entwicklung, Schulen
z.Hd. Herrn H. Maassen
Kirchspielsschreiber-Schmidt-Straße 1
25779 Hennstedt

Obere Denkmalschutzbehörde
Planungskontrolle

Ihr Zeichen: 621.31-096-2/
Ihre Nachricht vom: 14.12.2017/
Mein Zeichen: Sankt Annen-Fplan/
Meine Nachricht vom: /

Kerstin Orlowski
kerstin.ortowski@alsh.landsh.de
Telefon: 04621 387-29
Telefax: 04621 387-54

nachrichtlich:

Kreis Dithmarschen
Der Landrat
Fachdienst Liegenschaften, Schulen und
Kommunalaufsicht
als untere Denkmalschutzbehörde
z.Hd. Herrn Holger Popp
Stettiner Str. 30
25746 Heide

Schleswig, den 19.12.2017

Aufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Sankt Annen
Hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB
Stellungnahme des Archäologischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Sehr geehrter Herr Maassen,

in der überplanten Fläche befindet sich ein archäologisches Denkmal gem. § 2 (2) des Gesetzes zum Schutz der Denkmale (DSchG) in der Neufassung vom 30.12.2014, das gem. § 8 DSchG in die Denkmalliste eingetragen ist. Es handelt sich hierbei um einen mittelalterlichen Deich (ehemals DB 1; aKD-ALSH-307). Außerdem befinden sich mehrere Bereiche der überplanten Fläche in einem archäologischen Interessensgebiet.

Gemäß § 12 DSchG sind Maßnahmen in diesen Bereichen genehmigungspflichtig. Gemäß § 12 (1) 1, § 12 (1) 3 und § 12 (2) 6 DSchG bedürfen die Veränderung und die Vernichtung eines Kulturdenkmals, die Veränderung der Umgebung eines unbeweglichen Kulturdenkmals, wenn sie geeignet ist, seinen Eindruck wesentlich zu beeinträchtigen und Erdarbeiten an Stellen, von denen bekannt ist oder den Umständen nach zu vermuten ist, dass sich dort Kulturdenkmale befinden, der Genehmigung.

Denkmale sind gem. § 8 (1) DSchG unabhängig davon, ob sie in der Denkmalliste erfasst sind, gesetzlich geschützt.

Wir stimmen der vorliegenden Planung zu. Das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein ist jedoch an Planungen in den o.g. Bereichen frühzeitig zu beteiligen, um prüfen zu können, ob diese Planungen genehmigungsfähig sind. Dabei ist auch zu prüfen, ob zureichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass im Verlauf der Planungen in ein Denkmal

Dienstgebäude: Brockdorff-Rantau-Str. 70, 24837 Schleswig | Telefon 04621 387-0 | Telefax 04621 387-55 | alsh@alsh.landsh.de | www.archaeologie.schleswig-holstein.de | E-Mail-Adressen: Kein Zugang für elektronisch signierte oder verschlüsselte Dokumente

- 2 -

eingegriffen wird und ob ggf. gem. § 14 DSchG archäologische Untersuchungen erforderlich sind.

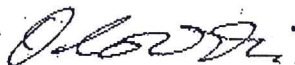
Der Verursacher des Eingriffs in ein Denkmal hat gem. § 14 DSchG die Kosten, die für die Untersuchung, Erhaltung und fachgerechte Instandsetzung, Bergung, Dokumentation des Denkmals sowie die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse anfallen, im Rahmen des Zumutbaren zu tragen.

Darüber hinaus verweisen wir auf § 15 DSchG: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.

Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



i.A. Kerstin Orlowski

Anlage: Auszug aus der Archäologischen Landesaufnahme (wird per Mail geschickt)



Landeskirchenamt

Evangelisch-Lutherische
Kirche in NorddeutschlandDänische Straße 21-35
24103 Kiel
Tel. +49 431 9797-5
www.nordkirche.de

Landeskirchenamt Kiel, Dänische Straße 21-35, 24103 Kiel

Amt Kirchspielslandgemeinden Eider
z.H. Herrn MaaßenKirchspielschreiber-Schmidt-Str.
25779 Hennstedt

vorab per Fax

AV		15. Feb. 2018		II	
LVB				III	
I				IV	
AnBu		periodenfremd		AZ	
Betrag €		Datum, sachl. + rechn. richtig		Datei	
				Datum	

Dezernat Bauwesen
Bau und Denkmalpflege

Referent: Felix Selbert
Dipl.-Ing. Architekt

Zentrale Sekretariat: +49 431 9797-5
+49 431 9797-731/732

Durchwahl: +49 431 9797-723

Fax: +49 431 9797-740

AZ: 80 St. Annen

Datei: Brief 20180214

Datum: Kiel, 14.02.2018 / sei

Aufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Sankt Annen; Stellungnahme des Landeskirchenamtes

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland nehmen wir aufgrund des Vertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den evangelischen Landeskirchen in Schleswig-Holstein vom 23. April 1957 insbesondere für Kirchen Aufgaben der oberen Denkmalbehörde im Benehmen mit dem Landesamt für Denkmalpflege war. Zu der oben genannten Aufstellung des Flächennutzungsplanes nehmen wir wie folgt Stellung:

Bezüglich des geplanten Gewerbegebietes entlang nördlich der L156 am östlichen Ortsrand bestehen aus denkmalrechtlicher Sicht Bedenken gegen die Ausweisung. Bei der Kirche St.-Anna mit Ihrem markanten Dachreiter handelt es sich um ein bereits von außerhalb des Ortes sichtbares ortsprägendes Denkmal. Die Kirche gilt gemeinsam mit dem Kirchhof, der Kirchhofsmauer mit Pforte sowie den Grabmalen bis 1870 als Sachgesamtheit Kirche St. Anna als geschütztes Kulturdenkmal. Es besteht die Befürchtung, dass die zukünftige Bebauung des geplanten Gewerbegebietes den Denkmalwert erheblich negativ beeinflusst. Sollte an der Ausweisung des Gewerbegebietes im Umgebungsschutzbereich des Denkmals festgehalten werden, müsste später in jedem Einzelfall die Denkmalverträglichkeit der neuen Bauvorhaben geprüft werden. Die erwartete Nutzbarkeit des Gewerbegebietes wäre an dieser Stelle erheblich eingeschränkt.

Aus diesem Grunde empfehlen wir dringend von einer Ausweisung der geplanten Fläche als Gewerbegebiet abzusehen und alternative Standorte zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

Felix Selbert

Referent im Dezernat Bauwesen

Cc: LfD, Dr. Jonkanski

KK Dithmarschen, Fr. Finke



DHSV

Deich- und Hauptsielverband
Dithmarschen
- Der Vorstand -

Deich- und Hauptsielverband • Meldorfer Straße 17 • 25770 Hemmingstedt

Amt KLG Eider
Kirchspielsschreiber-Schmidt-Str. 1
25779 Hennstedt

Amt KLG Eider Hennstedt / Dithm.			
Konto:			
AV	25. Jan. 2018		II
LVB			III
I			IV
AnBu	periodentreno		
Betrag €	Datum, sachl. + rechn. richtig		

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
621.31-096-2

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
8 44 51 -ur

Durchwahl (04 81) 68 08 -21
Jens Karstens

Hemmingstedt
24.01.18

Stellungnahme: Aufstellung F-Plan Gemeinde Sankt Annen

Der Deich- und Hauptsielverband Dithmarschen und der ihm angeschlossene Sielverband St. Annen (44) haben gegen den vorgenannten Plan keine Bedenken wenn die nachgenannten Auflagen eingehalten werden:

- Beachtung der Satzung des zuständigen Wasser- und Bodenverbandes, besonders des § 5.
- Entlang der Verbandsgewässer ist ein Unterhaltungstreifen von **7,50 m** Breite grundsätzlich von Bewuchs und baulichen Anlagen freizuhalten.
Die Verbandsgewässer sind im beiliegenden Gewässerplan eingetragen.
- Im Teil II unter 2.5 Fläche, Boden und Wasser steht unter Bestand Wasser, Abs. 3 *Der Sielverband St. Annen ist im Gewässer- und Landschaftsverband Tide-Eider organisiert.*
Dieser Satz sollte geändert werden: Der Sielverband St. Annen ist beim Deich- und Hauptsielverband Dithmarschen mit den Aufgaben des Wasserverbandsrechts betraut. In Sachen der EU-Wasserrahmenrichtlinie beim Gewässer- und Landschaftsverband Tide-Eider organisiert.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Jens Karstens
Dipl.- Bauingenieur

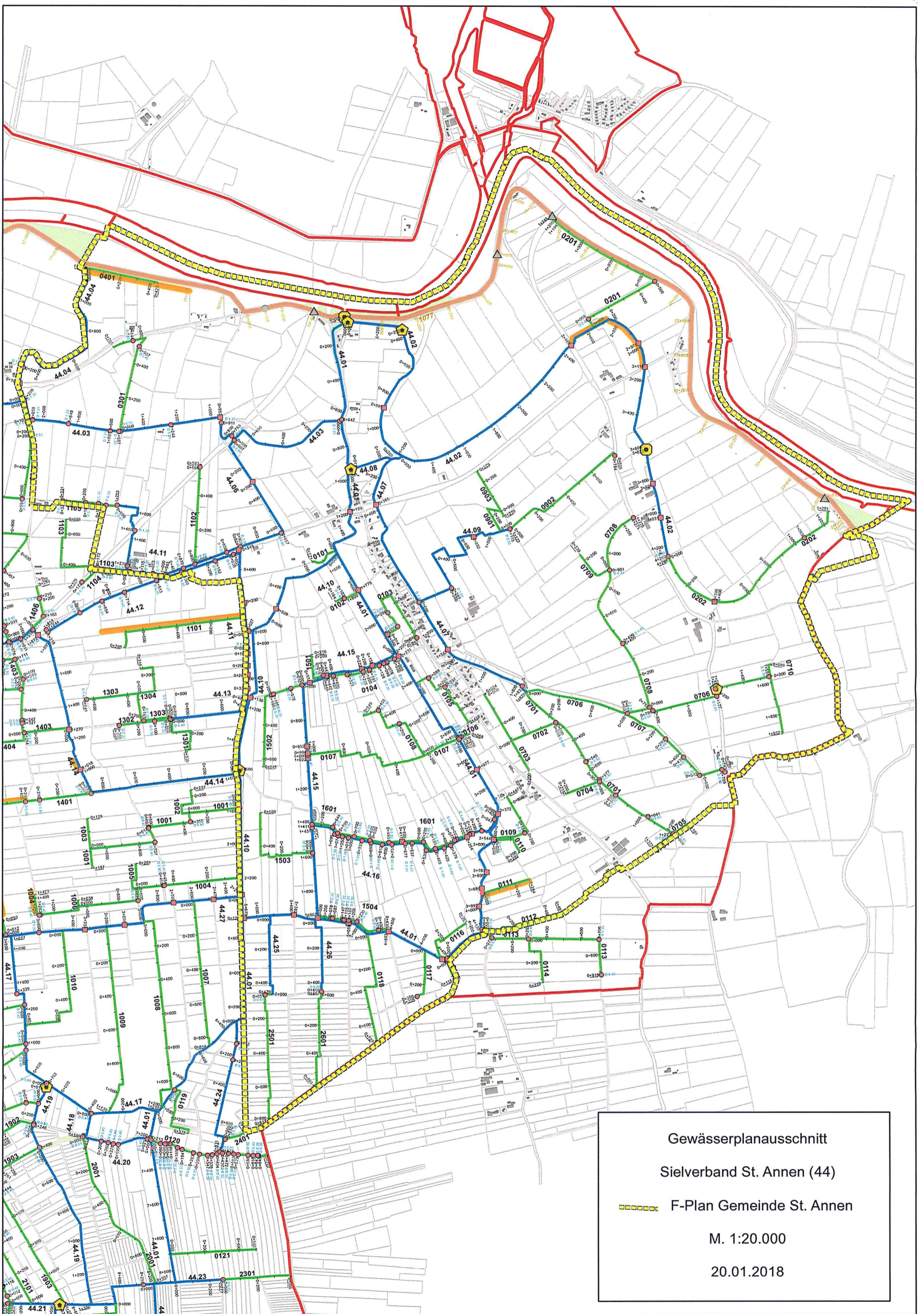
Gewässerplan

Nachrichtlich:

Sielverband St. Annen
Herrn Vorstandsvorsteher
Eckart Dethlefs
Preiler Ring 8
25774 Lehe

S:\sv\ststellung\Flächennutzungsplan\44, Aufstellung St. Annen.docx





Gewässerplanausschnitt
 Sielverband St. Annen (44)
 F-Plan Gemeinde St. Annen
 M. 1:20.000
 20.01.2018

1:20.000

Datengrundlage: © AWGV Land SH und © GeoBasis-DE/LVermGeo SH

0 500 1.000 Meter

Amt KLG Eider Hennstedt / Dithm.			
Konto:			
AV	24. Jan. 2018	II	
LVB		III	
I		IV	
AnBu	periodenfremd		
Betrag €	Datum, sachl. + rechn. richtig		

Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein
Grüner Kamp 15-17, 24768 Rendsburg

Amt KLG Eider
Kirchspielsschreiber-Schmidt-Str. 1
25779 Hennstedt

Unser Zeichen
123

Tel.-Durchwahl 94 53-
172

Fax-Durchwahl 94 53-

179

E-Mail

taugustin@lksh.de

Rendsburg,

23. Januar 2018

Neuaufstellung eines Flächennutzungsplanes der Gemeinde Sankt Annen, Kreis Dithmarschen

Sehr geehrter Herr Maaßen,

zu o. a. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Auf den Seiten I-21 (Punkt 8.3 Siedlungen im Außenbereich) und I-30 (Punkt 8.9.8 Landwirtschaft) der Planungsinformation wird die Bestandssituation der Landwirtschaft in der Gemeinde sehr gut erfasst und dargestellt. Aus den Übersichtskarten wird ersichtlich, dass die geplanten Entwicklungsflächen nicht näher an landwirtschaftliche Hofstellen heranrücken, als die vorhandene Bebauung, so dass es zu keiner Verschärfung der Konfliktsituation bzgl. möglicher Geruchsimmissionen kommt.

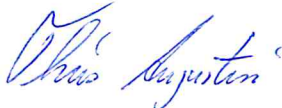
Wir machen darauf aufmerksam, dass bei späterer Konkretisierung von Vorhaben im Umfeld aktiver landwirtschaftlicher Betriebe mit Tierhaltung zurzeit der gemeinsame Erlass des MLUR und des Innenministeriums vom 04.09.2009 - V61 – 571.490.101/IV 64 – 573.1 – (Fundstelle: Amtsblatt Schleswig-Holstein S. 1006) für die Beurteilung und Abstandsermittlung zu Grunde zu legen ist.

Dienstgebäude
Grüner Kamp 15-17
24768 Rendsburg
Telefon (04331) 94 53-0
Telefax (04331) 94 53-199
Internet: www.lksh.de
E-Mail: lksh@lksh.de
USt-Id-Nr.: DE 134858917

Kontoverbindungen
Sparkasse Mittelholstein AG
IBAN:
DE79 2145 0000 0000 0072 76
BIC: NOLADE21RDB
Kieler Volksbank eG
IBAN:
DE55 2109 0007 0090 2118 04
BIC: GENODEF1KIL

Danach ist ein entgeltliches GIRL Gutachten zu erstellen, welches die gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse überprüft und sicherstellt und dabei die Vorbelastungen aller Betriebe (im Umfeld von ca. 600 m), die technischen Ausrüstungen und vorherrschenden Windrichtungen berücksichtigt. Ansprechpartner ist hierfür in der Landwirtschaftskammer Herr Knaack, erreichbar unter der Telefonnummer 04381- 9009 28.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Thies Augustin". The signature is written in a cursive style with a large initial 'T'.

Thies Augustin